Niederschrift

über die 22. Sitzung der Gemeindevertretung Utersum am Dienstag, dem 01.06.2010, im Feuerwehrgerätehaus Utersum.

Anwesend sind:

Dauer der Sitzung: 20:00 Uhr - 22:50 Uhr

Gemeindevertreter

Herr Jürgen Schmidt

Bürgermeister

Frau Erika Lindemann

Herr Joachim Lorenzen

2. stellv. Bürgermeister

Herr Brar Nickelsen

Frau Göntje Schwab

Herr Hark Steinert

1. stellv. Bürgermeister

Herr Hans-Jürgen Thiede

von der Verwaltung

Frau Renate Gehrman

Gäste

Herr Architekt Jan Lorenzen

im öffentlichen Teil und zu Top 11.2

Entschuldigt fehlen:

Gemeindevertreter

Herr Harald Ganzel

Frau Maren Martensen

Tagesordnung:

- 1 . Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 . Anträge zur Tagesordnung
- 3 . Genehmigung der Niederschrift über die 21. Sitzung (öffentlicher Teil)
- 4 . Einwohnerfragestunde
- 5 . Bericht des Bürgermeisters
- 5.1 . Photovoltaikanlagen auf Föhr
- 5.2 . Einrichtung "Die Tafel e.V."
- 5.3 . Bericht aus dem Amtsausschuss
- 5.4 . Abbau von Telefonzellen
- 6 . Bericht der Ausschussvorsitzenden
- 7 . Kurbetriebsangelegenheiten
- 7.1 . Tüv-Prüfung
- 7.2 . Termine
- 8 . Beschluss über die neue Ortsgestaltungssatzung
- 9 . Verschiedenes
- 9.1 . Aufbau einer Straßenlaterne
- 9.2 . 650 Jahr-Feier

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Jürgen Schmidt begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung fest und eröffnet die Sitzung.

2. Anträge zur Tagesordnung

Es werden keine Anträge zur Tagesordnung gestellt.

3. Genehmigung der Niederschrift über die 21. Sitzung (öffentlicher Teil)

Gegen die Niederschrift zur 21. Sitzung werden keine Einwände erhoben, sie gilt damit als genehmigt.

4. Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner und Einwohnerinnen zugegen.

5. Bericht des Bürgermeisters

5.1. Photovoltaikanlagen auf Föhr

Bürgermeister Jürgen Schmidt berichtet, dass sich die Gemeinden der Insel Föhr überwiegend gegen die Errichtung von Photovoltaikanlagen in der Fläche ausgesprochen haben.

5.2. Einrichtung "Die Tafel e.V."

Bürgermeister Jürgen Schmidt gibt bekannt, dass sich die Vorsitzende des Vereines "Die Tafel e.V." in der letzten Sitzung des Fachausschusses vorgestellt hat.

5.3. Bericht aus dem Amtsausschuss

Bürgermeister Schmidt gibt bekannt, dass die Insel- und Halligkonferenz einen Nachtragshaushalt aufstellen musste, da die Stelle der Geschäftsführerin zum Ende des Jahres neu auszuschreiben ist und zusätzlich drei Wochenstunden für eine Verwaltungskraft anfallen.

Ebenso informiert er von der Ölkonferenz, welche unter Beteiligung von Frau Janine Bahr stattgefunden hat.

Als letztes berichtet er von der Prüfung der Jahresrechnung des Amtsausschusses.

5.4. Abbau von Telefonzellen

Es wird bekannt gegeben, dass die Telefonzellen derzeit auf der Insel Föhr teilweise abgebaut werden.

6. Bericht der Ausschussvorsitzenden

Der Ausschussvorsitzende Hark Steinert berichtet über ein Gespräch unter Beteiligung der Verwaltung sowie den Bürgermeistern von Wyk auf Föhr und Nieblum, in welchem man sich darauf geeinigt hat, dass die Gemeinde Utersum sich um den Standort eines Wohnmobilcampingplatzes bemühen wird. Seitens der Landesplanung wurde klar signalisiert, dass es zu keiner Genehmigung eines Wohnmobilauffangplatzes in der Gemeinde Utersum kommen wird. Zur Errichtung eines Wohnmobilcampingplatzes sind schärfere Auflagen zu erfüllen wie bei der Aufstellung eines normalen Bebauungsplanes (z. B.: Zielabweichungsverfahren, Umweltverträglichkeitsprüfung). Ein Einwohner der Gemeinde Utersum bringt die nötigen Voraussetzungen mit und ist bereit langfristig

einen Wohnmobilcampingplatz zu führen. Ebenso ist dieser bereit, die notwendigen Kosten des Verfahrens aufzubringen.
Die Gemeindevertretung von Utersum erklärt sich bereit dieses Vorhaben positiv zu begleiten.

7. Kurbetriebsangelegenheiten

7.1. TÜV-Prüfung

Bürgermeister Schmidt berichtet, dass die Überprüfung der Spielplätze durch den TÜV ein sehr gutes Ergebnis erreicht hat. Es sind lediglich zwei Fehler aufgetreten, welche bereits behoben wurden. In diesem Zusammenhang gibt er bekannt, dass ein Gemeindegewerkschafter extra zu einem Lehrgang für die Instandhaltung von Spielgeräten und die einzuhaltenden Sicherheitsbestimmungen geschickt worden ist.

7.2. Termine

Bürgermeister Schmidt gibt bekannt, dass am 14.06. das erste Treffen der Lenkungsgruppe seitens der Föhr Tourismus GmbH stattfinden wird.

8. Beschluss über die neue Ortsgestaltungssatzung

Herr Steinert stellt die neue Ortsgestaltungssatzung zusammen mit Herrn Jan Lorenzen vor.

Die Inhalte der Satzung werden ausführlich diskutiert.

Präambel

Aufgrund des § 84 der Landesbauordnung für das Land Schleswig-Holstein in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird nach der Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom die nachfolgende Neufassung der Ortsgestaltungssatzung erlassen:

Teil I: Allgemeine Vorschriften

§ 1 Örtlicher Geltungsbereich

- (1) Diese Satzung gilt für das gesamte Gemeindegebiet der Gemeinde Utersum. Das Satzungsgebiet ist im anliegenden Plan (Anlage I), der Teil dieser Satzung ist, als schwarz umrandetes Gebiet dargestellt.
- (2) Für die im anliegenden Plan (Anlage II) dargestellten Gebiete A und B gelten zusätzlich die Anforderungen in den §§ 3 –13, in denen auf diese Satzungsgebiete Bezug genommen wird.

§ 2 Allgemeine Anforderungen

- (1) Für die Gemeinde Utersum ist die Erhaltung und die Einheitlichkeit des bestehenden Ortsbildes, das von der friesischen Bauart geprägt ist, von besonderer Bedeutung.

- (2) Alle Neu-, Erweiterungs- oder Umbauten sowie Veränderungen von Gebäuden, wie Instandhaltung und Instandsetzung im Geltungsbereich der Satzung sollen hinsichtlich
- der Gebäudeform
 - der Dachform
 - der Größe und Proportionen
 - der Ausbildung der Wandfläche
 - der Öffnungen und der Fassadengliederung
 - des Konstruktionsbildes
 - der Oberflächenwirkung und Farbe

nach Maßgabe der §§ 3 – 13 in der Weise ausgeführt werden, dass die geschichtliche, architektonische, künstlerische und städtebauliche Eigenart des Ortsbildes gesichert und gefördert wird.

Teil II: Besondere Anforderungen an die äußere Gestaltung baulicher Anlagen

§ 3 Baukörper

- (1) Im Bereich A des Geltungsbereiches ist die historische Bauflucht einzuhalten. Die Haupteingänge sind an der Traufseite zur öffentlichen Verkehrsfläche anzuordnen.
- (2) Das Verhältnis von Gebäudebreite zu Gebäudelänge muß mindestens 1 : 1,2 und darf höchstens 1 : 1,8 betragen.

§ 4 Gebäude- und Fassadenhöhen

- (1) Die Höhe der Gebäude zwischen Oberkante Rohfußboden im Erdgeschoss und Oberkante Firstabdeckung darf im Bereich A nicht mehr als 8,00 m, im Bereich B nicht mehr als 8,70 m betragen.
- (2) Die sichtbare Sockelhöhe darf im Bereich A zum bestehenden Gelände an keiner Seite des Gebäudes 0,15 m, im Bereich B eine Sockelhöhe von 0,30 m überschreiten.
- (3) Der Abstand zwischen Unterkante Traufe und der festgelegten Geländeoberfläche darf im Bereich A nicht mehr als 2,30 m betragen. Im Bereich B des Geltungsbereiches darf die Traufhöhe 2,60 m nicht überschreiten. Im Bereich A und B darf der Abstand zwischen der Krüppelwalmtraufenunterkante und der festgelegten Geländeoberfläche nicht mehr als 5,20 m betragen.

§ 5 Dachform und Dacheindeckung

- (4) Im Bereich A des Geltungsbereiches sind die Dächer als Walmdach oder als Krüppelwalmdach mit einer symmetrischen Dachneigung von mindestens 45° und die des Krüppelwalms von mindestens 52° Dachneigung zulässig.
- (5) Im Bereich B des Geltungsbereiches sind Dächer als Satteldach, Walm- und Krüppelwalmdach mit einer symmetrischen Dachneigung von mindestens 45° und die des Krüppelwalms von mindestens 52° Dachneigung zulässig.
- (6) Die Hauptfirstrichtung ist im Bereich A parallel zur öffentlichen Verkehrsfläche anzuordnen. Dies gilt nicht für Eckgebäude an Straßeneinmündungen oder Kreuzungen.
- (7) Im Bereich A des Geltungsbereiches ist nur Reet als Dacheindeckung zulässig. Die Firste sind durchgehend mit Heidekraut oder Grassoden abzudecken. Firstfenster sind unzulässig. Reetdächer dürfen nicht mit einer Regenrinne versehen werden.
- (8) Bei Neueindeckung bestehender Hartbedachung im Bereich A sind nur unglasierte anthrazitfarbene, rotbraune bis braune S-Pfannen zulässig.
- (9) Im Bereich B des Geltungsbereiches sind nur unglasierte anthrazitfarbene, rotbraune oder braune Dachpfannen und Reet, wenn die Abstände nach § 37 LBO eingehalten werden, zulässig.
- (10) Im Bereichen A und B des Geltungsbereiches darf der Dachüberstand bei Reetbedachung max. 0,60 m betragen. Im Bereich B des Geltungsbereiches muß der Dachüberstand an der Traufe bei einer Hartbedachung mindestens 0,30 m und darf max. 0,70 m betragen, gemessen bis Innenkante Dachrinne. Am Ortgang muß der Dachüberstand mindestens 0,20 m und darf höchstens 0,40 m betragen.
- (11) Die Schnittlinie von Gebäudeaußenwand und Oberkante Dachhaut darf eine Höhe von 0,70 m gemessen über der Erdgeschossdecke nicht überschreiten.

§ 6 Dachaufbauten und Dacheinschnitte

- (1) Dachaufbauten sind alle Arten von Bauteilen, die über einer geneigten Dachfläche liegen. Als Dachaufbauten im Sinne dieser Satzung gelten Gauben, Traufgiebel, Dachfenster.
- (2) Dacheinschnitte sind alle Arten von Bauteilen, die in oder unter der Ebene der geneigten Dachfläche liegen und aus einem anderen Material als dem der Dachdeckung sind.
- (3) Traufgiebel sind nur als Backengiebel zulässig. Je Gebäude ist höchstens ein Backengiebel zulässig. Der Backengiebel muß sich zum öffentlichen Straßenraum hin orientieren. Der Backengiebel darf im Bereich A des Geltungsbereiches nicht vorgezogen werden. Die Giebelbreite muß mindestens 2,50 m und darf höchstens 3,80 m betragen.

Der Abstand zwischen Traufunterkante des Backengiebels und der festgelegten Geländeoberfläche darf nicht mehr als 4,70 m betragen. Symmetrische Dachneigung des Backengiebels $52^\circ - 56^\circ$. Die Firsthöhe des Backengiebels muß mindestens 0,60 m unter der Firsthöhe des Gebäudes liegen. Der Backengiebel muß mit einer Traufe ausgebildet werden.

Die Hauseingangstür ist mittig in die Achse des Backengiebels einzubauen.

- (4) Die Summe der Längen der Dachaufbauten darf je Gebäudeseite nicht mehr als $\frac{1}{3}$ der jeweiligen Dachlänge betragen. Bei einer Reetbedachung wird die Gaubenbreite in halber Höhe der Gaube ohne Reeteindeckung und einschließlich der Blende gemessen (Rohbaumaß). Dachaufbauten dürfen erst vom ersten durchgehenden Gebinde aus errichtet werden. In den Krüppelwalmflächen und im Spitzbodenbereich sind Dachaufbauten unzulässig.
- (5) Dachaufbauten in der Gebäudeseite mit dem Backengiebel sind unzulässig.
- (6) In Reetdächern sind Dachflächenfenster unzulässig. Bei Gebäuden mit harter Bedachung darf die gesamte Glasfläche der Dachflächenfenster nicht mehr als 3 m² je Dachseite betragen.
- (7) Anlagen zur additiven Energiegewinnung (z.B. Solarzellen) sind im Bereich A des Geltungsbereiches unzulässig. Ausnahmsweise sind im Bereich A bei bestehenden Gebäuden mit einer Hartbedachung Anlagen zur Energiegewinnung zulässig. Im Bereich B des Geltungsbereiches sind Anlagen zur Energiegewinnung nur auf Gebäuden mit einer Hartbedachung zulässig. Solarzellen sind parallel zur Dachflächen anzuordnen.
- (8) Dacheinschnitte sind im Bereich A des Geltungsbereiches unzulässig. Im Bereich B des Geltungsbereiches sind Dacheinschnitte nur zulässig, soweit sie von der öffentlichen Verkehrsfläche aus nicht einsehbar sind.

§ 7 Außenwände

- (1) Im Bereich A des Geltungsbereiches sind die Außenwände sämtlicher Gebäude mit rotem Sichtmauerwerk zu verblenden. Als Steine sind nur Formate kleiner als 2 DF zu verwenden.
- (2) Im Bereich B des Geltungsbereiches sind die Außenwände in rotem und weißen Sichtmauerwerk zu verblenden. Holzbauweise und Holzverkleidungen sind auch zulässig.
- (3) Mauerwerksfugen sind glatt und bündig oder bis zu 5 mm zurückversetzt auszubilden. Farben sind zulässig im Ton des Mauermörtels (in eigenem Saft) oder weiß bis grau.
- (4) Verkleidungen und Verblendungen aus Keramik, Faserzement, Waschbeton, Kunststoff und Materialien deren Oberfläche einen hohen Reflexionsgrad haben sowie glänzende Metallverkleidungen sind unzulässig. Glasbausteine und sonstige farbige Gläser sind unzulässig.

§ 8 Fassadenöffnungen

- (1) Die Straßenfassade muss als Lochfassade ausgebildet werden. Die Gesamt-

summe der Öffnungen in einer Fassade darf 40% der Wandfläche dieser Fassadenfläche nicht überschreiten.

- (2) Fassaden müssen in jedem Geschoss durch Öffnungen untergliedert werden.
- (3) Fensteröffnungen sind rechteckig stehend auszubilden. Liegend ausgebildete Fensteröffnungen sind zulässig, wenn sie durch senkrechte Pfosten so unterteilt sind, dass rechteckig stehende Formate gebildet werden.
- (4) In Giebeldreiecken von Fassaden sind dreieckige, kreisrunde oder halbkreisförmige Öffnungen zulässig.
- (5) Fensteröffnungen müssen allseitig, Türöffnungen mindestens dreiseitig von Wandflächen umgeben sein. Die Wandfläche muss eine Breite von mindestens 0,5 m haben.

§ 9 Anbauten

- (1) Anbauten in Form von Wintergärten, Veranden, Pergolen und Terrassen mit Seitenwänden oder Schutzwänden und einer Bedachung sind nur an Gebäuden mit Hartbedachung bis max. 15 m² Grundfläche zulässig. Anbauten müssen die Gebäudekanten der Hauptbaukörper freilassen.
- (2) Im Bereich A des Geltungsbereiches sind Anbauten (z.B. Wintergärten) unzulässig.

§ 10 Nebengebäude und Garagen

- (1) Nebengebäude und Garagen müssen zu einem Baukörper zusammengefasst werden. Nebengebäude und Garagen sind nur hinter der vorderen Bauflucht zulässig.
- (2) Nebengebäude und Garagen müssen sich in Form, Material und Farbgebung dem Hauptgebäude anpassen. Firsthöhe über Geländeoberfläche max. 4,50 m, Traufhöhe über Geländeoberfläche max. 2,00 m.
- (3) Freistehende Nebengebäude und Garagen sind auch in Holzbauweise mit senkrechter Holzverschalung zulässig. Farbgebung dem Hauptgebäude angepasst.
- (4) Im Bereich B des Geltungsbereiches sind für freistehende Garagen und Nebengebäude auch Flachdächer bis zu einer Grundfläche von 36 qm zulässig.
- (5) In der Dachfläche von Nebengebäude und Garagen sind Dachaufbauten und Öffnungen zur Belichtung unzulässig.
- (6) Erdgaragen sind unzulässig.

§ 11 Zusätzliche Bauteile

- (1) Balkone, Loggien, sichtbare Drempel, Erker, Kragplatten und -arme sind im Be-

reich A des Geltungsbereiches unzulässig.

- (2) Außenliegende Rollladenkästen sind unzulässig.
- (3) Fensterläden sind nicht zulässig.
- (4) Markisen sind nur im Bereich B des Geltungsbereiches zulässig. Ausnahmsweise sind Markisen im Bereich A des Geltungsbereiches an Schaufenstern an Geschäftsgebäuden zulässig.
- (5) Wind- und Sichtschutzwände an Häusern und Hausabtrennungen dürfen eine Höhe von insgesamt 1,80 m über festgelegter Geländeoberfläche sowie eine Länge über alles von max. 3,00 m nicht überschreiten. Sie dürfen aus Naturholz oder dem gleichen Holz sowie Farbton der Fenster des Gebäudes sein.
- (6) Fernseh-, Rundfunk- und Antennenanlagen sind unter Dach anzubringen, Ausnahmen sind zulässig, wenn sonst ein einwandfreier Empfang nicht gewährleistet ist. Parabolantennen sind an Gebäuden und auf Dächern unzulässig. Sie sind nur im hinteren Grundstücksbereich von der öffentlichen Verkehrsfläche nicht einsehbar, mit einer max. Höhe von 1,40 m zulässig. Bei Gebäuden mit mehreren Wohnungen dürfen nur Gemeinschaftsantennen angebracht werden.

§ 12 Werbeanlagen und Warenautomaten

- (1) Werbeanlagen als bauliche Anlagen sind grundsätzlich nicht freistehend und auch nur an der Stätte der Leistung zulässig. Ausnahmen sind nur als Sammelanlagen im Rahmen des Beschilderungskonzeptes der Gemeinde Utersum zulässig.
- (2) Werbeanlagen dürfen nur bis zu der Höhe der Traufe der Gebäudelängsseite angeordnet werden.
- (3) Werbeanlagen und Warenautomaten dürfen keine wesentlichen Baugliederungs-, Architekturteile oder Fenster und Türen überdecken.
- (4) Mehrere Werbeanlagen an einer Hausfront sind zu einer gemeinsamen Werbeanlage zusammenzufassen.
- (5) Die maximale Grundfläche von Werbeanlagen ist auf 1,50 m² beschränkt. Zusätzlich ist die Wiedergabe von Haus- oder Betriebsnamen mit Schriftzeichen nach Absatz 7 zulässig. Zu den seitlichen Gebäudekanten ist jeweils ein Abstand von 0,50 m einzuhalten.
- (6) Senkrecht zur Fassade angebrachte Werbeanlagen, sogenannte Ausleger dürfen eine Auskrantung von höchstens 0,80 m haben. Der Ausleger selber darf nicht größer als 0,30 m² sein. Derartige Werbeanlagen dürfen nicht selbst leuchten, sondern nur angeleuchtet werden.
- (7) Werbeanlagen und Warenautomaten mit wechselndem und bewegtem Licht und Lichtwerbung in grellen Farben und mit Farbvielfalt sind unzulässig. Schriftzeichen dürfen nicht höher als 0,40 m sein, dies gilt auch für Hausnamen.
- (8) Werbeanlagen und Warenautomaten sind an Bäumen, Vorgärten und an Ein-

friedungen unzulässig.

§ 13 Einfriedungen und Stellplätze

- (1) Einfriedungen von Grundstücken entlang öffentlicher Verkehrsflächen sind nur als Staketenzaun aus senkrechten Holzlatten, als Steinwall in Erde aufgesetzt oder als lebende Hecke zulässig. Die Höhe darf 0,70 m nicht überschreiten. Die Höhe der lebenden Hecken darf nicht mehr als 1,20 m betragen.
- (2) Drahtzäune als Einfriedung und Abgrenzung von Grundstücken untereinander sind zulässig, wenn sie von der öffentlichen Verkehrsfläche aus nicht einsehbar sind. Die Höhe darf 1,20 m nicht überschreiten.
- (3) Einfriedungen aus Holz sind in den Farben weiß, grün oder braun zu halten.
- (4) Einschnitte in Einfriedungen für Grundstückszufahrten und –zugänge dürfen eine Breite von 5,00 m nicht überschreiten. Es sind höchstens zwei Grundstückszufahrten oder –zugänge zulässig, wenn auf dem Grundstück rechtlich verselbständigte Wohneinheiten genehmigt sind.
- (5) Konstruktiv überdachte Toreinfahrten sind unzulässig.
- (6) Als Befestigung von PKW-Zufahrten und Stellplätzen auf dem Grundstück selbst dürfen nur wassergebundene Decken, Betonrasensteine, Rasengitter aus Kunststoff, Betonsteine und Natursteine eingebaut werden.
- (7) Freistehende Müllbehälter sind höhengleich dreiseitig mit Holzpalisaden zu versehen und dürfen von der öffentlichen Verkehrsfläche aus nicht einsehbar sein.

Teil III: Schlussbestimmung

§ 14 Inkrafttreten

Diese Neufassung der Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Am selben Tage tritt die Ortsgestaltungssatzung der Gemeinde Utersum vom 16.04.1980 in der zuletzt geänderten Fassung nach der 3. Änderungssatzung vom 09.01.1989 außer Kraft.

Die Neufassung der Ortsgestaltungssatzung wird hiermit ausgefertigt.

25938 Utersum auf Föhr, den.....

Gemeinde Utersum
Der Bürgermeister

Schmidt
Bürgermeister

Im Anschluss an die Diskussion werden folgende Änderungen gewünscht:

In § 6 Abs. 7 soll es heißen:

Anlagen zur Energiegewinnung (z.B. Solarzellen) sind nur auf Gebäuden mit einer Hartbedachung zulässig. Solarzellen sind parallel zur Dachfläche anzuordnen.

§ 10 Abs. 2 erhält folgenden Wortlaut:

Nebengebäude und Garagen müssen sich in Form, Material und Farbgebung dem Hauptgebäude anpassen. Firsthöhe über Geländeoberfläche max. 4,50 m, Traufhöhe über Geländeoberfläche max. 2,00 m. Ausnahmsweise sind Nebengebäude und Garagen auch in Holzbauweise zulässig.

§ 11 Abs. 6 lautet :

Fernseh-, Rundfunk- und Antennenanlagen sind unter Dach anzubringen.

Parabolantennen sind an Gebäuden und auf Dächern unzulässig. Sie sind nur im hinteren Grundstücksbereich von der öffentlichen Verkehrsfläche nicht einsehbar, mit einer max. Höhe von 1,40 m zulässig.

Ausnahmen sind zulässig, wenn sonst ein einwandfreier Empfang nicht gewährleistet ist.

Bei Gebäuden mit mehreren Wohnungen dürfen nur Gemeinschaftsantennen angebracht werden.

§ 13 Abs. 2 letzter Satz lautet folgendermaßen:

Die Höhe darf **1,80** m nicht überschreiten.

§ 13 Abs. 3 lautet:

Einfriedungen aus Holz sind in den Farben weiß, grün, rotbraun oder braun zu halten.

In § 14 wird der zweite Satz komplett gestrichen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Gemeindevertretung beschließt die Ortsgestaltungssatzung mit folgendem Wortlaut:

Präambel

Aufgrund des § 84 der Landesbauordnung für das Land Schleswig-Holstein in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird nach der Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom die nachfolgende Neufassung der Ortsgestaltungssatzung erlassen:

Teil I: Allgemeine Vorschriften

§ 1 Örtlicher Geltungsbereich

- (1) Diese Satzung gilt für das gesamte Gemeindegebiet der Gemeinde Utersum. Das Satzungsgebiet ist im anliegenden Plan (Anlage I), der Teil dieser Satzung ist, als schwarz umrandetes Gebiet dargestellt.
- (2) Für die im anliegenden Plan (Anlage II) dargestellten Gebiete A und B gelten zusätzlich die Anforderungen in den §§ 3 –13, in denen auf diese Satzungsgebiete Bezug genommen wird.

§ 2 Allgemeine Anforderungen

- (1) Für die Gemeinde Utersum ist die Erhaltung und die Einheitlichkeit des bestehenden Ortsbildes, das von der friesischen Bauart geprägt ist, von besonderer Bedeutung.
- (2) Alle Neu-, Erweiterungs- oder Umbauten sowie Veränderungen von Gebäuden, wie Instandhaltung und Instandsetzung im Geltungsbereich der Satzung sollen hinsichtlich
 - der Gebäudeform
 - der Dachform
 - der Größe und Proportionen
 - der Ausbildung der Wandfläche
 - der Öffnungen und der Fassadengliederung
 - des Konstruktionsbildes
 - der Oberflächenwirkung und Farbe

nach Maßgabe der §§ 3 – 13 in der Weise ausgeführt werden, dass die geschichtliche, architektonische, künstlerische und städtebauliche Eigenart des Ortsbildes gesichert und gefördert wird.

Teil II: Besondere Anforderungen an die äußere Gestaltung baulicher Anlagen

§ 3 Baukörper

- (1) Im Bereich A des Geltungsbereiches ist die historische Bauflucht einzuhalten. Die Haupteingänge sind an der Traufseite zur öffentlichen Verkehrsfläche anzuordnen.
- (2) Das Verhältnis von Gebäudebreite zu Gebäudelänge muß mindestens 1 : 1,2 und darf höchstens 1 : 1,8 betragen.

§ 4 Gebäude- und Fassadenhöhen

- (1) Die Höhe der Gebäude zwischen Oberkante Rohfußboden im Erdgeschoss und Oberkante Firstabdeckung darf im Bereich A nicht mehr als 8,00 m, im Bereich B nicht mehr als 8,70 m betragen.
- (2) Die sichtbare Sockelhöhe darf im Bereich A zum bestehenden Gelände an keiner Seite des Gebäudes 0,15 m, im Bereich B eine Sockelhöhe von 0,30 m überschreiten.
- (3) Der Abstand zwischen Unterkante Traufe und der festgelegten Geländeoberfläche

darf im Bereich A nicht mehr als 2,30 m betragen. Im Bereich B des Geltungsbereiches darf die Traufhöhe 2,60 m nicht überschreiten. Im Bereich A und B darf der Abstand zwischen der Krüppelwalmtraufenunterkante und der festgelegten Geländeoberfläche nicht mehr als 5,20 m betragen.

§ 5 Dachform und Dacheindeckung

- (1) Im Bereich A des Geltungsbereiches sind die Dächer als Walmdach oder als Krüppelwalmdach mit einer symmetrischen Dachneigung von mindestens 45° und die des Krüppelwalms von mindestens 52° Dachneigung zulässig.
- (2) Im Bereich B des Geltungsbereiches sind Dächer als Satteldach, Walm- und Krüppelwalmdach mit einer symmetrischen Dachneigung von mindestens 45° und die des Krüppelwalms von mindestens 52° Dachneigung zulässig.
- (3) Die Hauptfirstrichtung ist im Bereich A parallel zur öffentlichen Verkehrsfläche anzuordnen. Dies gilt nicht für Eckgebäude an Straßeneinmündungen oder Kreuzungen.
- (4) Im Bereich A des Geltungsbereiches ist nur Reet als Dacheindeckung zulässig. Die Firste sind durchgehend mit Heidekraut oder Grassoden abzudecken. Firstfenster sind unzulässig. Reetdächer dürfen nicht mit einer Regenrinne versehen werden.
- (5) Bei Neueindeckung bestehender Hartbedachung im Bereich A sind nur unglasierte anthrazitfarbene, rotbraune bis braune S-Pfannen zulässig.
- (6) Im Bereich B des Geltungsbereiches sind nur unglasierte anthrazitfarbene, rotbraune oder braune Dachpfannen und Reet, wenn die Abstände nach § 37 LBO eingehalten werden, zulässig.
- (7) Im Bereichen A und B des Geltungsbereiches darf der Dachüberstand bei Reetbedachung max. 0,60 m betragen.
Im Bereich B des Geltungsbereiches muß der Dachüberstand an der Traufe bei einer Hartbedachung mindestens 0,30 m und darf max. 0,70 m betragen, gemessen bis Innenkante Dachrinne. Am Ortgang muß der Dachüberstand mindestens 0,20 m und darf höchstens 0,40 m betragen.
- (8) Die Schnittlinie von Gebäudeaußenwand und Oberkante Dachhaut darf eine Höhe von 0,70 m gemessen über der Erdgeschossdecke nicht überschreiten.

§ 6 Dachaufbauten und Dacheinschnitte

- (1) Dachaufbauten sind alle Arten von Bauteilen, die über einer geneigten Dachfläche liegen. Als Dachaufbauten im Sinne dieser Satzung gelten Gauben, Traufgiebel, Dachfenster.
- (2) Dacheinschnitte sind alle Arten von Bauteilen, die in oder unter der Ebene der geneigten Dachfläche liegen und aus einem anderen Material als dem der Dachdeckung sind.
- (3) Traufgiebel sind nur als Backengiebel zulässig.
Je Gebäude ist höchstens ein Backengiebel zulässig.
Der Backengiebel muß sich zum öffentlichen Straßenraum hin orientieren. Der

Backengiebel darf im Bereich A des Geltungsbereiches nicht vorgezogen werden.

Die Giebelbreite muß mindestens 2,50 m und darf höchstens 3,80 m betragen. Der Abstand zwischen Traufunterkante des Backengiebels und der festgelegten Geländeoberfläche darf nicht mehr als 4,70 m betragen. Symmetrische Dachneigung des Backengiebels 52° - 56°. Die Firsthöhe des Backengiebels muß mindestens 0,60 m unter der Firsthöhe des Gebäudes liegen. Der Backengiebel muß mit einer Traufe ausgebildet werden.

Die Hauseingangstür ist mittig in die Achse des Backengiebels einzubauen.

- (4) Die Summe der Längen der Dachaufbauten darf je Gebäudeseite nicht mehr als 1/3 der jeweiligen Dachlänge betragen. Bei einer Reetbedachung wird die Gaubenbreite in halber Höhe der Gaube ohne Reeteindeckung und einschließlich der Blende gemessen (Rohbaumaß). Dachaufbauten dürfen erst vom ersten durchgehenden Gebinde aus errichtet werden. In den Krüppelwalmflächen und im Spitzbodenbereich sind Dachaufbauten unzulässig.
- (5) Dachaufbauten in der Gebäudeseite mit dem Backengiebel sind unzulässig.
- (6) In Reetdächern sind Dachflächenfenster unzulässig. Bei Gebäuden mit harter Bedachung darf die gesamte Glasfläche der Dachflächenfenster nicht mehr als 3 m² je Dachseite betragen.
- (7) Anlagen zur Energiegewinnung (z.B. Solarzellen) sind nur auf Gebäuden mit einer Hartbedachung zulässig. Solarzellen sind parallel zur Dachfläche anzuordnen.
- (8) Dacheinschnitte sind im Bereich A des Geltungsbereiches unzulässig. Im Bereich B des Geltungsbereiches sind Dacheinschnitte nur zulässig, soweit sie von der öffentlichen Verkehrsfläche aus nicht einsehbar sind.

§ 7 Außenwände

- (1) Im Bereich A des Geltungsbereiches sind die Außenwände sämtlicher Gebäude mit rotem Sichtmauerwerk zu verblenden. Als Steine sind nur Formate kleiner als 2 DF zu verwenden.
- (2) Im Bereich B des Geltungsbereiches sind die Außenwände in rotem und weißen Sichtmauerwerk zu verblenden. Holzbauweise und Holzverkleidungen sind auch zulässig.
- (3) Mauerwerksfugen sind glatt und bündig oder bis zu 5 mm zurückversetzt auszubilden. Farben sind zulässig im Ton des Mauer Mörtels (in eigenem Saft) oder weiß bis grau.
- (4) Verkleidungen und Verblendungen aus Keramik, Faserzement, Waschbeton, Kunststoff und Materialien deren Oberfläche einen hohen Reflexionsgrad haben sowie glänzende Metallverkleidungen sind unzulässig. Glasbausteine und sonstige farbige Gläser sind unzulässig.

§ 8 Fassadenöffnungen

- (1) Die Straßenfassade muss als Lochfassade ausgebildet werden. Die Gesamt-

summe der Öffnungen in einer Fassade darf 40% der Wandfläche dieser Fassadenfläche nicht überschreiten.

- (2) Fassaden müssen in jedem Geschoss durch Öffnungen untergliedert werden.
- (3) Fensteröffnungen sind rechteckig stehend auszubilden. Liegend ausgebildete Fensteröffnungen sind zulässig, wenn sie durch senkrechte Pfosten so unterteilt sind, dass rechteckig stehende Formate gebildet werden.
- (4) In Giebeldreiecken von Fassaden sind dreieckige, kreisrunde oder halbkreisförmige Öffnungen zulässig.
- (5) Fensteröffnungen müssen allseitig, Türöffnungen mindestens dreiseitig von Wandflächen umgeben sein. Die Wandfläche muss eine Breite von mindestens 0,5 m haben.

§ 9 Anbauten

- (1) Anbauten in Form von Wintergärten, Veranden, Pergolen und Terrassen mit Seitenwänden oder Schutzwänden und einer Bedachung sind nur an Gebäuden mit Hartbedachung bis max. 15 m² Grundfläche zulässig. Anbauten müssen die Gebäudekanten der Hauptbaukörper freilassen.
- (2) Im Bereich A des Geltungsbereiches sind Anbauten (z.B. Wintergärten) unzulässig.

§ 10 Nebengebäude und Garagen

- (1) Nebengebäude und Garagen müssen zu einem Baukörper zusammengefasst werden. Nebengebäude und Garagen sind nur hinter der vorderen Bauflucht zulässig.
- (2) Nebengebäude und Garagen müssen sich in Form, Material und Farbgebung dem Hauptgebäude anpassen. Firsthöhe über Geländeoberfläche max. 4,50 m, Traufhöhe über Geländeoberfläche max. 2,00 m. Ausnahmsweise sind Nebengebäude und Garagen auch in Holzbauweise zulässig.
- (3) Freistehende Nebengebäude und Garagen sind auch in Holzbauweise mit senkrechter Holzverschalung zulässig. Farbgebung dem Hauptgebäude angepasst.
- (4) Im Bereich B des Geltungsbereiches sind für freistehende Garagen und Nebengebäude auch Flachdächer bis zu einer Grundfläche von 36 qm zulässig.
- (5) In der Dachfläche von Nebengebäude und Garagen sind Dachaufbauten und Öffnungen zur Belichtung unzulässig.
- (6) Erdgaragen sind unzulässig.

§ 11 Zusätzliche Bauteile

- (1) Balkone, Loggien, sichtbare Drepel, Erker, Kragplatten und -arme sind im Bereich A des Geltungsbereiches unzulässig.

- (2) Außenliegende Rollladenkästen sind unzulässig.
- (3) Fensterläden sind nicht zulässig.
- (4) Markisen sind nur im Bereich B des Geltungsbereiches zulässig. Ausnahmsweise sind Markisen im Bereich A des Geltungsbereiches an Schaufenstern an Geschäftsgebäuden zulässig.
- (5) Wind- und Sichtschutzwände an Häusern und Hausabtrennungen dürfen eine Höhe von insgesamt 1,80 m über festgelegter Geländeoberfläche sowie eine Länge über alles von max. 3,00 m nicht überschreiten. Sie dürfen aus Naturholz oder dem gleichen Holz sowie Farbton der Fenster des Gebäudes sein.
- (6) Fernseh-, Rundfunk- und Antennenanlagen sind unter Dach anzubringen. Parabolantennen sind an Gebäuden und auf Dächern unzulässig. Sie sind nur im hinteren Grundstücksbereich von der öffentlichen Verkehrsfläche nicht einsehbar, mit einer max. Höhe von 1,40 m zulässig. Ausnahmen sind zulässig, wenn sonst ein einwandfreier Empfang nicht gewährleistet ist. Bei Gebäuden mit mehreren Wohnungen dürfen nur Gemeinschaftsantennen angebracht werden.

§ 12 Werbeanlagen und Warenautomaten

- (1) Werbeanlagen als bauliche Anlagen sind grundsätzlich nicht freistehend und auch nur an der Stätte der Leistung zulässig. Ausnahmen sind nur als Sammelanlagen im Rahmen des Beschilderungskonzeptes der Gemeinde Utersum zulässig.
- (2) Werbeanlagen dürfen nur bis zu der Höhe der Traufe der Gebäudelängsseite angeordnet werden.
- (3) Werbeanlagen und Warenautomaten dürfen keine wesentlichen Baugliederungs-, Architekturteile oder Fenster und Türen überdecken.
- (4) Mehrere Werbeanlagen an einer Hausfront sind zu einer gemeinsamen Werbeanlage zusammenzufassen.
- (5) Die maximale Grundfläche von Werbeanlagen ist auf 1,50 m² beschränkt. Zusätzlich ist die Wiedergabe von Haus- oder Betriebsnamen mit Schriftzeichen nach Absatz 7 zulässig. Zu den seitlichen Gebäudekanten ist jeweils ein Abstand von 0,50 m einzuhalten.
- (6) Senkrecht zur Fassade angebrachte Werbeanlagen, sogenannte Ausleger dürfen eine Auskragung von höchstens 0,80 m haben. Der Ausleger selber darf nicht größer als 0,30 m² sein. Derartige Werbeanlagen dürfen nicht selbst leuchten, sondern nur angeleuchtet werden.
- (7) Werbeanlagen und Warenautomaten mit wechselndem und bewegtem Licht und Lichtwerbung in grellen Farben und mit Farbvielfalt sind unzulässig. Schriftzeichen dürfen nicht höher als 0,40 m sein, dies gilt auch für Hausnamen.
- (8) Werbeanlagen und Warenautomaten sind an Bäumen, Vorgärten und an Einfriedungen unzulässig.

§ 13 Einfriedungen und Stellplätze

- (1) Einfriedungen von Grundstücken entlang öffentlicher Verkehrsflächen sind nur als Staketenzaun aus senkrechten Holzlatten, als Steinwall in Erde aufgesetzt oder als lebende Hecke zulässig. Die Höhe darf 0,70 m nicht überschreiten. Die Höhe der lebenden Hecken darf nicht mehr als 1,20 m betragen.
- (2) Drahtzäune als Einfriedung und Abgrenzung von Grundstücken untereinander sind zulässig, wenn sie von der öffentlichen Verkehrsfläche aus nicht einsehbar sind. Die Höhe darf 1,80 m nicht überschreiten.
- (3) Einfriedungen aus Holz sind in den Farben weiß, grün, rotbraun oder braun zu halten.
- (4) Einschnitte in Einfriedungen für Grundstückszufahrten und –zugänge dürfen eine Breite von 5,00 m nicht überschreiten. Es sind höchstens zwei Grundstückszufahrten oder –zugänge zulässig, wenn auf dem Grundstück rechtlich verselbständigte Wohneinheiten genehmigt sind.
- (5) Konstruktiv überdachte Toreinfahrten sind unzulässig.
- (6) Als Befestigung von PKW-Zufahrten und Stellplätzen auf dem Grundstück selbst dürfen nur wassergebundene Decken, Betonrasensteine, Rasengitter aus Kunststoff, Betonsteine und Natursteine eingebaut werden.
- (7) Freistehende Müllbehälter sind höhengleich dreiseitig mit Holzpalisaden zu versehen und dürfen von der öffentlichen Verkehrsfläche aus nicht einsehbar sein.

Teil III: Schlussbestimmung

§ 14 Inkrafttreten

Diese Neufassung der Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Die Neufassung der Ortsgestaltungssatzung wird hiermit ausgefertigt.

25938 Utersum auf Föhr, den.....

Gemeinde Utersum
Der Bürgermeister

Schmidt
Bürgermeister

9. Verschiedenes

9.1. Aufbau einer Straßenlaterne

Im Neubaugebiet wurde aufgrund einer privaten Baumaßnahme eine Straßenlaterne entfernt. Sollte sich ergeben, dass auf dieselbe in der dunklen Jahreszeit nicht verzichtet werden kann, soll sie auf Kosten des Bauherrn wieder an der Ecke aufgestellt werden.

9.2. 650 Jahr-Feier

Bürgermeister Jürgen Schmidt erklärt, dass die Feierlichkeiten zur 650 Jahr Feier fast ganz nach Plan abgelaufen sind. Auch hat die Gemeinde eine gute Presse erhalten. In diesem Rahmen bedankt sich Bürgermeister Schmidt bei allen Beteiligten für die geleistete Arbeit.

Jürgen Schmidt

Renate Gehrman